

/// Nach der Bundestagswahl 2017

AFD UND DIE LINKE – WIEVIEL POPULISMUS STECKT IN IHNEN?

ECKHARD JESSE /// Wir haben eine Welle des Populismus in Europa, mehr des Rechts- als des Linkspopulismus. Auch Deutschland ist davon nicht verschont geblieben, wie die Erfolge der Alternative für Deutschland und der Partei Die Linke erhellen. Nach einem Überblick zu den Ursachen für den Populismus kommen die Wahlkampfstrategien der beiden Parteien bei der Bundestagswahl 2017 ebenso zur Sprache wie deren Abschneiden. Es folgt ein Vergleich. Der Beitrag schließt mit einigen Thesen.

Ursachen für Populismus

Andreas Voßkuhle, der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, erklärte kurz nach der Bundestagswahl 2017 besorgt, es gebe „offensichtlich eine größere Zahl von Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land, die sich durch die etablierten Parteien nicht vertreten fühlen.“ Eine populistische Kraft dürfe nicht aus dem politischen Diskurs verbannt werden. „Das wäre vollkommen falsch, und man würde insofern dann dem Populismusvorfurworf gerecht, der nämlich genau das tut: andere, die anders denken, aus dem politischen Prozess zu verbannen.“¹

Die Ursachen für „den“ Populismus (dessen Parteien gehören verschiedenen Fraktionen im Europäischen Parlament an) sind zwar von Land zu Land mit Blick auf die Gewichtung verschieden, aber sie ähneln sich, was das Aufkommen populistischer Bewegungen betrifft: Zu nennen sind – gemünzt vor allem auf die rechte Variante des Populismus – die oft vernachlässigte sozio-kulturelle Dimension (Stichwort „Anti-Multikulti“), die sozio-ökonomische Dimension (Stichwort „Abgehängte“), die gesellschaftliche Dimension (Stichwort „Konsenssoße“), die mediale Dimension (Stichwort „Lü-

INFORMATION

Sie befinden sich in einer

SCHARIA FREIEN Zone

Horrorzone



SITAN

HURRA "MULTI"-KULTI?

GESTERN	
HEUTE	
MORGEN	

"Dank eurer demokratischen Gesetze werden wir euch überwältigen.
"dank eurer religiösen Gesetze werden wir euch beherrschen!"

Mehrung der Anzahl von ...
... 51,72 Mio. Muslime in Deutschland leben

**WER ISLAM
SÄT,
WIRD
SCHARIA ERNTEN**

Angst- und Hassparolen kennzeichneten den Wahlkampf zur Bundestagswahl 2017.

genpresse“) sowie die politische Dimension (Stichwort „Volksverräter“), ohne damit alle Aspekte berührt zu haben, wie die Vorbehalte gegenüber antiwestlichen Positionen in der Außenpolitik und antirepräsentativen Positionen in der Innenpolitik belegen.

Als populistisch firmiert gemeinhin eine Kraft, die „das Volk“ gegen „die Elite“ ausspielt. Populisten gerieren sich gern als selbstlose „schweigende Mehrheit“ („wir hier unten“) gegen „die da oben“. Ihnen wird Abgehobenheit vorgeworfen, wenn nicht gar Korruption. Oft steht an der Spitze einer populistischen Partei eine Person mit charismatischer Ausstrahlung.² Der diffuse Begriff Populismus, das sei zugegeben, eignet sich dafür, den politischen Gegner des Populismus zu bezichtigen und ihn damit ins Abseits zu stellen.

POPULISTISCHE Bewegungen spielen das Volk gegen die Eliten aus und stellen diese als abgehoben dar.

Sozio-kulturelle Dimension

Die Grünen sind 68er, die Repräsentanten der AfD Anti-68er. Das spätere Phänomen ist maßgeblich eine Reaktion auf das frühere. Schließlich stellen viele Positionen der Grünen mittlerweile Allgemeingut dar – im Bereich der Atompolitik, der Umweltpolitik, der Klimapolitik, der Familienpolitik, der Genderpolitik und nicht zuletzt der Migrationspolitik. Die einstigen „Alternativen“ haben die Gesellschaft verändert – und sich

selber durch sie mit (weithin zum Positiven). Die neuen „Alternativen“, mitunter natavistisch orientiert, begehren gegen den Elitenkonsens auf (etwa Multikulturalismus, Postmaterialismus und Tendenzen hin zu einem europäischen Bundesstaat). Die Frage ist: Werden sie die Gesellschaft ebenso verändern – und durch sie sich selber auch?

Deutschland war wohl das erste Land, in dem die grüne Bewegung zu triumphieren verstand – und ist in Europa vielleicht das Land, in dem es am längsten gedauert hat, bis eine politische Kraft reüssieren konnte, welche die nationale Identität auf ihre Fahnen schreibt. In dem einen Fall war Deutschland Vorreiter, in dem anderen ist es Nachzügler. Warum? Zum einen war im wirtschaftlich prosperierenden Deutschland Sensibilität für die Gefahren des Raubbaus an der Natur früh gewachsen und der Einfluss der 68er besonders stark. Zum anderen bremste die Last der nationalsozialistischen Vergangenheit das erfolgreiche Aufkommen einer politischen Kraft, die mit Stolz auf die Heimat Punkte zu sammeln sucht, und die Existenz einer starken linken Protestpartei – Die Linke – bildete zusätzlich ein Hemmnis.

Vor allem: Der nicht nur subkutane Wandel der Union (mehr der CDU als der CSU) zu einer Partei, die nicht mehr frühere Positionen aus dem konservativen Lager angemessen repräsentiert, hat eine „Repräsentationslücke“ (Werner J. Patzelt) offenbart, die nun eine neue Kraft füllt. Grüne und AfD stehen sich bei dieser Konfliktlinie diametral gegenüber.

Sozio-ökonomische Dimension

Mit Blick auf die sozio-ökonomische Konfliktlinie zwischen mehr staatsinterventionistischen und mehr staatsfernen

Positionen ist es etwas komplizierter: Bei den populistischen Parteien Europas gibt es Kräfte, die sowohl nach „mehr Staat“ als auch nach „weniger Staat“ rufen. In der Tendenz jedoch dominiert Sozialpopulismus. Damit erklärt sich der Einbruch der Sozialdemokraten in vielen Ländern. Es ist ihre Klientel, die zu Kräften des Populismus wandert.

Populistische Parteien rekrutieren sich aus den **SOZIAL** schwächeren Schichten.

Das Elektorat der populistischen Parteien, das gilt für rechts wie für links, stammt vielfach aus einem ähnlichen Milieu, dem der sozial schwächeren Schichten, die sich als abgehängt empfinden. Es handelt sich im Kern um „Modernisierungsverlierer“. Diese Schichten, zumal im Osten Deutschlands, sind – beispielsweise – mit der Migration und ihren Folgen in einer Weise konfrontiert, wie dies nicht annähernd für Gutsituierte gilt, die abgeschottet von Problemzonen wohnen.

Gesellschaftliche Dimension

Konsenspolitik lähmt! Eine Konsenskultur führt nicht zu mehr Liberalität und Weltoffenheit, eine Kultur des Verdachts schüchtert ein. Wer dies ausspricht, muss kein Anhänger irgendeiner Form des Populismus sein. Wir haben in Deutschland eine beträchtliche Diskrepanz zwischen den Positionen von Eliten und denen des „kleinen Mannes“.

Deutschlands politische Kultur war besonders nach der deutschen Einheit stark von Konsensdenken geprägt: zum einen wegen der ostdeutschen, von großer Skepsis gegenüber Konfliktbereitschaft gekennzeichneten Mentalität, sei es wegen notorischer Gleichheitsideologie, sei es wegen grassierender Probleme; zum anderen wegen westdeutscher Besitzstandsmentalität, die sich gegen Wandel sperrte. Und wer diese oder jene Maßnahme als „alternativlos“ apostrophiert, suggeriert, andere Positionen seien nicht legitim.

Zu einer angemessenen Diskussionskultur in einer Demokratie gehört es, heikle Punkte zu benennen. Das ist zu wenig der Fall. In einer offenen Gesellschaft sollen Konflikte ausgetragen, nicht unterdrückt und auch nicht ein für allemal gelöst werden. Demokratische Streitbarkeit ist zu wenig entfaltet. Die Devise für die Kontrahenten muss lauten: miteinander reden (scharf und sachlich), nicht nur übereinander.

KONSENSPOLITIK wirkt lähmend und unterdrückt die Diskussion heikler Themen.

In Deutschland ist durch die Flüchtlingskrise herkömmliches Konsensdenken zerbrochen. Allerdings weist die Polarisierung in keine gute Richtung. Freund-Feind-Denken hält Einzug, ebenso ein vergiftetes Klima. Die Diskussionskultur nimmt Schaden, unbewiesene Vorwürfe machen die Runde.

Die Stickigkeit des politischen Klimas ist ebenso schlimm wie dessen Verrohung. Entgleisungen und Ausfälle greifen um sich.

Mediale Dimension

Zuweilen heißt es, der Hinweis auf Kriminalität von Ausländern besorge das Geschäft randalierender Rechtsextremer. Ist es nicht umgekehrt? Die Tabuisierung bekannter Missstände gibt jenen Auftrieb, denen die „ganze Richtung“ nicht passt, sei es jetzt in der Migrations-, sei es zuvor in der Euro(pa) politik. Jede Form der political correctness ist abwegig.

Die jeweilige Position soll in der Sache geprüft werden, von wem immer sie kommt. Eine Aussage wird nicht von vornherein dadurch falsch, dass sie Sahara Wagenknecht verfiel. Wer darauf hinweist, Frauke Petry habe keinen „Schießbefehl“ gefordert, ist noch kein Anhänger ihrer Position. Und wer aus Angst vor dem „Beifall von der falschen Seite“ eine Meinung nicht zur Sprache bringt oder einen Sachverhalt unterschlägt, richtet sein Argumentationsrepertoire indirekt an der Sichtweise des Gegners aus.

Bei dieser für unsere Zukunft zentralen Thematik der Migration ist es unerlässlich, auch die „Befindlichkeiten“ besorgter Bürger zur Sprache zu bringen. Wohl aus Angst davor, als fremdenfeindlich zu gelten, fehlt mitunter der Hinweis, dass viele Flüchtlinge weder politisch verfolgt sind noch aus einem Kriegsgebiet stammen.

Grassierende Verschwörungstheorien sind dann oft eine fatale Folge der Verachtung der Eliten, denen mangelnde Informationsbereitschaft unterstellt wird. Im Zeitalter der Digitalisierung und der sozialen Medien sprießen Mythen. Gesinnungsethik dominiert. Provokationen

Die Sorgen der Bürger in Bezug auf Migration und Flüchtlinge müssen THEMATISIERT und ernst genommen werden.

dienen dazu, Aufsehen zu erregen und der Macht der als manipulativ empfundenen Medien entgegenzuwirken.

Politische Dimension

Die Verachtung der Eliten ist weit verbreitet. Abgestimmtes Vorgehen der „Etablierten“ kommt nicht gut an. Bürger stört, um einige Beispiele zu nennen, wenn nach dem Nichtverbot der NPD durch das Bundesverfassungsgericht nun versucht wird, diese antidemokratische Partei durch ein „Parteiverbot light“ auszuschalten (Stichwort: Entziehung der staatlichen Mittel). Bürger spüren die Absicht und sind verstimmt, ist der Alterspräsident künftig nicht mehr der an Jahren älteste Abgeordnete, sondern der dienstälteste. Viele fühlen sich nicht für voll genommen, einigen sich bei der Auswahl des Bundespräsidenten Union, SPD, Liberale und Grüne ohne Not auf einen Kandidaten.

Und das Vorgehen aller gegen eine populistische Kraft ruft eine Bunkermentalität hervor. Eine Solidarisierung von Leuten, denen ein solches Vorgehen gegen den Strich geht, ist wahrscheinlich.

Gelegenheits- und Angebotsstrukturen

Offenbar sind die Gelegenheitsstrukturen für populistische Strukturen weit-

aus günstiger als Angebotsstrukturen, wenngleich die Rolle einer rhetorisch befähigten und charismatischen Spitzenkraft wie Nigel Farage, Marine Le Pen oder Geert Wilders dem Populismus ausgesprochen nützt.

Für die Therapie heißt dies: weniger auf den Populismus zu schauen und ihn

ge an das Establishment ist grundsätzlicher Natur.

Die AfD

Die 2013 ins Leben gerufene AfD war in jenem Jahr knapp an der Fünfprozenthürde gescheitert. Als der euro(pa)kritische Bernd Lucke im Juli 2015 nach einem Machtkampf dem Gespann um Frauke Petry und Jörg Meuthen Platz machen musste, setzte die Partei stark auf das Thema Flüchtlingskrise, das einen großen Teil der Bevölkerung bewegte. So konnte sie zumal bei den Landtagswahlen 2016 reüssieren. Ihr gelang es, bei allen 13 Landtagswahlen zwischen den beiden Bundestagswahlen 2013 und 2017 in die Parlamente einzuziehen, zum Teil mit Ergebnissen von über 20 Prozent (Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt).

Die AfD ist nicht fixiert auf die Kritik an der zeitweise weithin unkontrollierten Einwanderung, auch wenn dieses Thema, das Emotionen beflügelt, im Vordergrund steht.³ Neue politische Gruppierungen üben Anziehungskraft auf politische Glücksritter und Traumtänzer aus. Die AfD ist dafür ein Beispiel. In ihr mach(t)en sich zunehmend radikale Strömungen bemerkbar, wie sie etwa der Höcke-Flügel in Thüringen repräsentiert. Spitzenkandidaten bei der Bundestagswahl 2017 waren Alexander Gauland und Alice Weidel.

Die Politik muss mit Sachargumenten und STREITBAREN Thesen dem Populismus entgegentreten – political correctness funktioniert nicht.

zu kritisieren, mehr eigene Defizite abzubauen, weniger konsensorientiert zu sein, mehr glaubwürdige Lösungen zu präsentieren, stärker Pluralismus an den Tag zu legen, Äquidistanz gegenüber jeder Form des Populismus zu wahren, Sorgen ernst zu nehmen, political correctness abzubauen.

Erstens ist es notwendig, nicht populistisch antidemokratischem Populismus glaubwürdig entgegenzutreten, aber jede Form des Populismus ist eben nicht extremistisch, wobei – zugegeben – die Grenzziehung nicht immer einfach ist, freilich einfacher als die zwischen populistisch und nicht-populistisch.

Zweitens ist die Annahme ein Irrglaube, diese oder jene Reform beseitige den Populismus, entzaubere ihn vollends. Wie zur Zeit der Studentenbewegung oder Anfang der achtziger Jahre während der Friedensbewegung gibt es ein vagabundierendes Protestpotenzial, das sich nicht einbinden lässt. Die Absa-

Die AfD setzte auf das Thema Flüchtlingskrise und konnte so bis 2017 in 13 LÄNDERPARLAMENTE einziehen.

Wahlprogramm und Wahlkampf

In ihrem 74-seitigen Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2017 nahmen naturgemäß die eng miteinander zusammenhängenden Themen der Inneren Sicherheit, der Zuwanderung und des Islam eine dominierende Rolle ein. Sie plädierte für eine wirksame Bekämpfung der Ausländerkriminalität, Zuwanderung könne die Probleme der sozialen Sicherungssysteme nicht lösen. „Die Grenzen müssen umgehend geschlossen werden, um die unregelte Massenimmigration in unser Land und seine Sozialsysteme durch überwiegend beruflich unqualifizierte Asylbewerber sofort zu beenden.“⁴ Der Islam, der im Konflikt mit der freiheitlich-demokratisch Grundordnung stehe, gehöre nicht zu Deutschland. Das Minarett wie den Muezzin-Ruf lehnt die Partei ab. „Die AfD fordert ein allgemeines Verbot der Vollverschleierung in der Öffentlichkeit und im öffentlichen Dienst.“⁵

Besonderes Gewicht legte die Partei weiter auf Volksabstimmungen nach Schweizer Vorbild, die Aufkündigung der Transferunion, den Erhalt des Bargeldes, die Ausrichtung der Außenpolitik an deutschen Interessen, die Abschaffung der „Gender-Ideologie“ und den Erhalt des mehrgliedrigen Schulsystems. Die AfD plädierte für eine „deutsche Leitkultur“ und wandte sich gegen „Technologiefeindlichkeit“.

Stärker als im Wahlprogramm wartete sie im Wahlkampf mit populistischen Parolen auf. Die Wahl solle zu einer Volksabstimmung über Migration gemacht werden; die Bevölkerung habe das Recht, stolz auf die Leistungen der deutschen Soldaten in beiden Weltkriegen zu sein. Die Partei, die im Osten radikaler auftrat als im Westen, stand allein auf weiter Flur. Das brachte ihr ei-

nen Märtyrerstatus ein, zumal die Konkurrenz samt einer Vielzahl an Medien die Provokationen aufgriff und die AfD als Ganzes zum Teil in eine rechtsextremistische Ecke zu rücken suchte.

Populistische Parolen kennzeichneten den Bundestagswahlkampf 2017 der AfD: **MIGRATION war das beherrschende Thema.**

Abschneiden bei der Bundestagswahl

Für die AfD stimmte mit 12,6 Prozent mehr als jeder achte Wähler, womit sie ihren Anteil gegenüber der vorherigen Wahl fast um das Dreifache zu steigern vermochte. Im Osten erreichte die AfD 21,9 Prozent (Erhöhung fast um das Vierfache), im Westen „nur“ 10,7 Prozent (Erhöhung um mehr als das Doppelte). Was wohl keiner vorhergesehen hatte: Im sächsischen Freistaat lag die Partei, die bundesweit klar auf dem dritten Platz landete, mit 27,0 Prozent sogar (knapp) vor der CDU (26,9 Prozent).

Dieser Ost-West-Unterschied ist frappant. Gegen die Kanzlerin Angela Merkel gab es vor allem im Osten bei ihren Wahlkundgebungen heftige, zum Teil aggressive Proteste. Zum einen taten sich viele Ostdeutsche schwer mit der gepredigten „Willkommenskultur“. Zum anderen gewannen nicht wenige von ihnen den Eindruck, ihre Lebensleistung seit 1990 werde zu wenig gewürdigt. Das AfD-Wahlverhalten ist damit wesentlich Ausdruck eines Protests.

Die Linke

Die Linke, aus der SED hervorgegangen, hat sich mehrfach gehäutet. 2007 schloss sich die Linkspartei/PDS, so der Name von 2005 an, mit der vornehmlich westdeutschen „Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative“ (WASG)⁶ zusammen. Durch die Hartz-IV-Reformen war eine gesamtdeutsche Partei am linken Rand des politischen Spektrums entstanden. Sie konnte das Debakel vom Göttinger Parteitag 2012 – eine Spaltung lag in der Luft⁷ – insgesamt gut überwinden. Den beiden Vorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riechinger ist der Zusammenhalt der Partei einigermaßen gelungen. Gleichwohl stehen sich systemüberwindende (vor allem im Westen) und reformerische, stärker pragmatisch ausgerichtete Kräfte (vor allem im Osten) nach wie vor gegenüber. Durch die Flüchtlingskrise ist ein weiterer Konflikt ausgebrochen:

Die Richtung um Sahra Wagenknecht, lange Repräsentantin der Kommunistischen Plattform, befürwortet ein stärkeres Eingehen auf die Ängste der Bevölkerung, auch der eigenen Wählerschaft, und sieht sich des Vorwurfs ausgesetzt, rechten Populismus zu begünstigen. Die Spitzenkandidaten der Parteien im Wahlkampf, die Fraktionsvorsitzenden Dietmar Bartsch und Sahra Wagenknecht, repräsentierten unterschiedliche Flügel.

Wahlprogramm und Wahlkampf

Das 134-seitige Wahlprogramm der Partei Die Linke rückte Gerechtigkeit und soziale Sicherheit in den Vordergrund. Ihr vorrangiges Ziel: Überwindung des Kapitalismus. Sie forderte, den Mindestlohn auf 12 Euro anzuheben, die Wochenarbeitszeit bei vollem Lohnausgleich von 40 auf 30 Stunden zu senken. Eine Kernaussage: „Wir schaffen das Hartz-IV-System ab und ersetzen es durch eine bedarfsdeckende und sanktionsfreie Mindestsicherung in Höhe von 1050 Euro ohne Sanktionen und Kürzungsmöglichkeiten.“⁸

Das Vermögen der Millionäre soll stärker besteuert, die „Zwei-Klassen-Medizin“ beendet, der Klimawandel gestoppt, der Verfassungsschutz abgeschafft, das Verbot aller „neofaschistischen“ Organisationen vollzogen, jeder Auslandseinsatz der Bundeswehr eingestellt und die NATO aufgelöst werden. Ferner: „Die Linke will die Ursachen von Flucht und Vertreibung bekämpfen, anstatt Flüchtende zu bekämpfen und deren Fluchtwege zu blockieren.“⁹

Im Wahlkampf grenzte sich die Partei nicht nur scharf von der AfD ab, sondern ebenso, wiewohl nicht so hart, von den „bürgerlichen“ (Union, FDP) und den linken (SPD, Bündnis 90 / Die Grünen) Kräften. Sahra Wagenknecht, war die dominierende Kraft, erwähnte in ihren Reden immer wieder die Vielzahl der armen Leute, die sich genötigt sehen, Flaschen zu sammeln (wahrlich ein populistischer Gemeinplatz), hielt sich mit Kritik an Putins Russland auffällig zurück, nicht jedoch an Trumps Amerika. Heftig attackierte sie die linke, als „neoliberal“ geltende Konkurrenz. Die Partei hatte es in ökonomisch stabilen Zeiten mit ihrem Kampf gegen „den Kapitalismus“ schwerer als die AfD. Der gemäßigter auftretende Gregor Gysi

Sahra Wagenknecht thematisierte die Ängste der Bevölkerung und befeuerte damit den **POPULISMUSVORWURF**.

spielte, anders als bei den Bundestagswahlen zuvor, keine tonangebende Rolle mehr, ebenso nicht Oskar Lafontaine, der Ehemann Wagenknechts.

Abschneiden bei der Bundestagswahl

Die Linke konnte ihren Stimmenanteil gegenüber der Bundestagswahl 2013 knapp steigern: von 8,4 Prozent auf 8,9 Prozent. Damit votierte fast jeder elfte Wähler für sie. Trotzdem ist sie jetzt nur noch die fünftstärkste Kraft, nicht mehr die drittstärkste. Wer zwischen Ost und West vergleicht, bemerkt einen augenfälligen Befund. Die Linke legte im Westen von 5,6 auf 7,4 Prozent zu, verlor im Osten aber 4,9 Punkte: von 22,7 auf 17,8 Prozent.

Die AKZEPTANZ Der Linken war im Osten deutlich schlechter als im Westen.

Das relativ gute Abschneiden der Partei im Westen resultiert maßgeblich aus ihrer zunehmenden Akzeptanz. Und diese im Osten schon länger bestehende Akzeptanz erklärt paradoxerweise wesentlich ihre dortigen Verluste: Da Die Linke im Osten als durch und durch etabliert gilt (so stellt sie in Thüringen den Ministerpräsidenten, und in Brandenburg ist sie Seniorpartner der SPD seit 2011), ging ein Teil ihrer früheren (und unzufriedenen) Wähler zur AfD, stand diese doch für harschen Protest. Längst nicht alle Wähler Der Linken be-

griffen sich als Anhänger der von ihrer Spitze propagierten „Willkommenskultur“.

Vergleich

Was das Elektorat angeht, gibt es zwischen Der Linken und der AfD Unterschiede wie Gemeinsamkeiten. Das Wählerpotenzial beider Parteien ist jeweils im Osten am stärksten (sozialisations- und situationsbedingt, verursacht durch die Zeit vor und nach 1989/90). Die AfD ist im Osten radikaler als im Westen. Bei Der Linken ist es umgekehrt. Was die Mitglieder (jeweils Ende 2016: Die Linke 58.910; AfD 26.409)¹⁰ angeht, so ist die AfD im Osten weitaus weniger stark als im Westen,¹¹ anders als Die Linke.¹²

Im Osten erreichten AfD und Die Linke bei der Bundestagswahl 2017 fast 40 Prozent der Stimmen. Und im sächsischen Freistaat schnitten diese beiden Kräfte – zusammengerechnet – 5,7 Punkte besser ab als CDU und SPD. Bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt erzielten AfD (24,3 Prozent) und Die Linke (16,3 Prozent) 0,2 Punkte mehr als die beiden Volksparteien CDU (29,8 Prozent) und SPD (10,6 Prozent). Das ist ein Menetekel. Die AfD schlug 2017 im Osten und im Westen jeweils Die Linke, im Gegensatz zu 2013. Ihr Populismus stieg auf mehr Zustimmung als jener des Pendant. Es gibt nicht nur einen Ost-West-Gegensatz, sondern auch, wenn gleich schwächer, einen Nord-Süd-Gegensatz. Vereinfacht ausgedrückt: „Der“ prosperierende Süden ist konservativer, „der“ Norden eher linker.

Die Wählerschaft beider Parteien, die zu einem beträchtlichen Teil paternalistisch Segnungen des Staates erwartet, ist männerdominiert, bei der AfD erkennbarer als bei Der Linken, wie die repräsentative Wahlstatistik belegt.

Hingegen sind die altersspezifischen Faktoren weniger krass. Die AfD ist in der Tendenz eine eher junge Partei (im Osten wird dies stärker deutlich als im Westen), Die Linke in der Tendenz eine alte (im Osten ist dies offenkundiger als im Westen). Für die Mitglieder gilt das noch weitaus stärker. Was die soziale Schicht der Wählerschaft betrifft, so gibt es Analogien: Die untere Mittelschicht dominiert jeweils.

Rechts- (fixiert auf Antiimmigration) und Linkspopulismus (fixiert auf Antifaschismus) weisen Affinitäten auf – in den Feindbildern (etwa Globalisierung, USA, EU) und im Politikstil: durch Versprechungen mit Blick auf das Füllhorn sozialer Wohltaten. AfD und Die Linke hegen die größten Vorbehalte gegenüber der Sanktionspolitik in puncto auf Russland. Für die AfD, nur zum Teil dezidiert antikommunistisch orientiert, ist der Hauptgegner nicht Die Linke, sondern die Grünen, für Die Linke, strikt antifaschistisch ausgerichtet, hingegen die AfD.

Was die AfD angeht, so lehnt die Partei gegenwärtig jedes Regierungsbündnis ab, nicht nur im Bund, sondern auch in den Ländern. Es gibt zuweilen vollmundige Äußerungen: Koalition ja, aber nur als stärkster Partner. Die gesamte Konkurrenz wendet sich entschieden gegen jegliche Kooperation mit

der AfD. Wenn vereinzelte sächsische Europa-, Bundestags- oder Landtagsabgeordnete der CDU ein Bündnis in ferne Zukunft ins Spiel bringen, so sind die Proteste der eigenen Partei schrill.

Komplizierter fällt das Urteil für Die Linke aus: Sie hatte ein Bündnis mit der SPD und den Grünen bei einem Entgegenkommen dieser Parteien, im innenwie im außenpolitischen Bereich, nicht ausgeschlossen. Und die Konkurrenz blieb auch vage, weil sie wusste, eine Kooperation könne ihr schaden. Aber anders als früher hatte die SPD ein Bündnis mit Der Linken vor der Wahl nicht eigens verworfen. Doch das Wahlergebnis ließ ein solches Szenario ohnehin nicht zu.

Abschließende Thesen

- AfD und Die Linke weisen zwar viele Differenzen auf, aber gleichwohl gibt es ebenso gewisse Analogien zwischen ihnen: in der Wählerstruktur ebenso wie in den politischen Zielen. Sie stehen sich nicht wie Feuer und Wasser gegenüber. Die Linke ist durch die AfD geschwächt worden, da ein Teil des eigenen Elektorats zu ihr abgewandert ist.
- Bei der AfD ist das populistische Element stärker ausgeprägt als das extremistische, bei Der Linken ist es gerade umgekehrt. Allerdings liegen Extremismus und Populismus nicht auf derselben Ebene, wie oft behauptet. Der Extremismus lehnt den demokratischen Verfassungsstaat ab, der Populismus „die“ Elite. Populismus ist nicht Extremismus light!
- In der Politik, der Publizistik und der Politikwissenschaft wird die AfD weitaus kritischer gesehen als Die Linke.¹³ Das ist so nicht begründet. In dem einen Fall wird stark auf Ausgrenzung gesetzt, in dem anderen

Die AfD ÜBERHOLTE sowohl im Westen als auch im Osten Die Linke: Ihr Populismus stieß folglich auf mehr Zustimmung.

Fall mehr der Integrationsmechanismus betont. Die nötige Äquidistanz ist längst verloren gegangen.

- Der Wähler soll die (fehlende) Koalitionsbereitschaft der etablierten Parteien gegenüber den beiden Flügeln erfahren, um nicht „die Katze im Sack“ zu kaufen. Bezogen auf die AfD wusste er es, bezogen auf Die Linke nicht. Diese ließ das künftige Szenario ebenso offen wie die SPD.
- Die Existenz der AfD und Der Linken im Bundestag fördert den Wettbewerbscharakter der Politik. Sie schwächt die Konsenspolitik, zugleich trägt sie dazu bei, dass sie diese stärkt, jedenfalls dann, wenn die Parteien in der Opposition verbleiben. Das ist eine Paradoxie. Die etablierten Kräfte müssen mehr Gelassenheit gegenüber der Konkurrenz an den Tag legen.
- Weder altes Konsensdenken noch neue Polarisierung nützen der deutschen Demokratie. Wer Missstände zur Sprache bringt und sie beseitigt, stärkt die Volksparteien. Wer Toleranz, Offenheit, Fairness und Liberalität fordert, fördert gleichermaßen den Abbau von Konsensdenken und Polarisierung. Dies käme einer Schwächung der AfD und Der Linken gleich. Die Volksparteien sind stärker denn je gefordert. Gesundheitsberei hilft nicht.
- Um auf den Ausgangspunkt zurückzukommen: Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts warnt zu Recht pointiert vor dem Gefährdungspotenzial des Populismus: „Meiner Ansicht besteht es darin, dass die Populisten für sich in Anspruch nehmen zu wissen, was das Volk will, und dass diejenigen, die sich gegen dieses anmaßende Wissen stellen, Volksverräter sind.“¹⁴ ///



/// PROF. EM. DR. ECKHARD JESSE

hatte den Lehrstuhl für Politische Systeme und politische Institutionen an der TU Chemnitz von 1993 bis 2014 inne. Er ist (Mit-)Herausgeber des Jahrbuches Extremismus & Demokratie seit 1989.

Anmerkungen

- ¹ Zitiert nach Schwennicke, Christoph / Marguier, Alexander: Unzufriedenheit mit dem, was man konkret an Politik erlebt, in: Cicero 11/2017, S. 39.
- ² Vgl. etwa Müller, Jan-Werner: Was ist Populismus? Ein Essay, Berlin 2016.
- ³ Vgl. ausführlicher Jesse, Eckhard / Panreck, Isabelle-Christine: Populismus und Extremismus. Terminologische Abgrenzung – das Beispiel der AfD, in: Zeitschrift für Politik 1/2017, S. 39-76.
- ⁴ Alternative für Deutschland: Wahlprogramm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum Deutschen Bundestag am 24. September 2017. Beschlossen auf dem Bundesparteitag in Köln am 22./23. April 2017, Berlin 2017, S. 28.
- ⁵ Ebd., S. 34 (im Original durch Kursivsatz hervorgehoben).
- ⁶ Vgl. Vollmer, Andreas M.: Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative (WASG). Entstehung, Geschichte und Bilanz, Baden-Baden 2013.
- ⁷ Vgl. Jesse, Eckhard / Lang, Jürgen P.: Die Linke – eine gescheiterte Partei?, München 2012, S. 13-18.
- ⁸ Wahlprogramm der Partei Die Linke zur Bundestagswahl 2017. Beschlossen auf dem Bundesparteitag, Hannover, 9. bis 11. Juni 2017, S. 10 f.
- ⁹ Ebd., S. 97.
- ¹⁰ Vgl. Niedermayer, Oskar: Parteimitgliedschaften im Jahre 2016, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 2/2017, S. 375.
- ¹¹ In Sachsen-Anhalt erreichte die Partei bei der Landtagswahl 2016 25 Mandate, obwohl die Zahl ihrer Mitglieder nur ungefähr 500 betrug.
- ¹² Vgl. Niedermayer: Parteimitgliedschaften im Jahre 2016, S. 377 f.
- ¹³ Vergleiche, die ja nicht das Ergebnis vorwegnehmen, sind eine ausgesprochene Seltenheit.
- ¹⁴ Zitiert nach Schwennicke / Marguier: Unzufriedenheit mit dem, was man konkret an Politik erlebt, S. 41.